

FrauenNetzwerk für Frieden e.V./FrauenWegeNahost  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn



14.01.2010

Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel  
Mitglieder der deutschen Bundesregierung  
Cc Vorsitzende der Fraktionen des deutschen Bundestages  
Cc Abgeordnete des Deutschen Bundestages

## Offener Brief zur gemeinsamen Sitzung der deutschen und israelischen Regierungen am 18. 01. 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Situation in der Westbank und besonders in Gaza wird für die Menschen durch die anhaltende israelische Besatzung und Abriegelung immer bedrückender und hoffnungsloser. Wir verweisen dazu auf den Aufruf der palästinensischen Christen und Christinnen vom 11. Dezember 2009.

Bisher konnte sich die israelische Regierung auch auf Grund der uneingeschränkten deutschen Solidarität als „Staatsräson“ allen Forderungen nach Einhaltung von UNO-Resolutionen, Menschenrechten und Völkerrecht erfolgreich widersetzen ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden (u. a. kontinuierlicher Raub palästinensischen Landes durch den Verlauf der Mauer bis weit in palästinensisches Gebiet hinein und durch fortgesetzten Siedlungsbau, Abriegelung Gazas, Angriffskrieg gegen Gaza, willkürliche Inhaftierungen, Willkür an den zahllosen Checkpoints auch auf palästinensischem Gebiet).

Aus Sorge, dass bei der geplanten gemeinsamen Sitzung der deutschen und israelischen Regierungen am 18. Januar in Berlin wie so oft bei deutsch-israelischen Begegnungen in erster Linie das Wohlwollen der deutschen Politiker und Politikerinnen gegenüber Israel im Vordergrund steht, wenden wir uns nun an Sie. Wir sind der Meinung, dass es bei der Sitzung um mehr gehen muss als um Holocaustgedenken und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Maßstab allen politischen Handelns der deutschen Regierung müssen das Völkerrecht und die Menschenrechte sein. Auch für Israel darf es, trotz der entsetzlichen Erfahrung des Holocaust und der nie zu verleugnenden Schuld Deutschlands keine Sonderbehandlung zu Lasten eines anderen Volkes geben. Daher erwarten wir von Ihnen, dass Sie auch die Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk wahrnehmen und klar benennen. Wie bei anderen Staaten müssen die jahrzehntelangen Übertretungen von Beschlüssen der Genfer Konvention, des UN Sicherheitsrats und des Internationalen Gerichtshofes Folgen haben, z.B. mit Sanktionen belegt werden. Die geplante verstärkte militärische Zusammenarbeit ist ein eindeutiger Verstoß gegen die deutsche Gesetzgebung, wonach keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden dürfen. **Alle** Menschen in Israel und Palästina haben das Recht, in Würde, Frieden und in international anerkannten Grenzen zu leben.

Bei der Aufarbeitung unserer schrecklichen Geschichte und unserer Schuld gegenüber dem jüdischen Volk müssen Sie sich als Politikerinnen und Politiker auch klarmachen, dass Sie neue Schuld auf sich und auch auf uns als Bürger und Bürgerinnen des Staates, für den Sie handeln, laden, wenn Sie zu den israelischen Verbrechen an dem palästinensischen Volk schweigen. Wir bitten Sie außerdem, sich gegenüber der israelischen Regierung für die sofortige Freilassung des willkürlich festgenommenen und in Deutschland sehr bekannten Friedensaktivisten Abdallah Abu Rahmah einzusetzen. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung für unsere Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen für den Vorstand des FrauenNetzwerk für Frieden e.V.

Heide Schütz, Vorsitzende